

Russische Post



Erscheint 2-mal wöchentlich:

am **Mittwoch** und am **Sonabend**
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich).

Gewährstunden: werktäglich von 9—11
Uhr vorm. — Sprechstunde der Redak-
tion: In der Wohnung des verantwort-
lichen Redakteurs — Subbotoff-Str. (früher Malaja
Subbotnaja) Nr. 13, Du 6. im Hof—werk-
täglich von 6—7 Uhr abds.

Geschäftsstelle befindet sich im
russischen Nationalrat für Georgien:
Tiflis, Michael-Str. Nr. 108.

Nr 19 Tiflis, Sonnabend, den 20. Mai 1922

14. Jahrgang

Deutsche Dramatische Sektion Tiflis.

Zum Schluß der Saison:

Montag, den 29. Mai

„Pension Schöller“

Posse in 3 Akten.

Verkauf der Eintrittskarten: im Café „Germania“, bei
Herrn Dr. Priskmann und am Tage der Aufführung an
der Kasse des Volkstheaters.

fang 8 Uhr abds.

Regie: Th. Rabinov.

Politische Nachrichten.

Die Reparationskommission hat der deut-
schen Regierung mitgeteilt, daß nunmehr ein Sachverständigen-
Ausschuß, zu dem von deutscher Seite der frühere
Antisekretär Bergmann gehören solle, das Problem der
internationalen Anleihen für Deutschland
zur Zwecke der Wiedergutmachungszahlungen erörtern
wird. Der Ausschuß werde in Paris tagen. Offenbar
die deutsche Antwort Deutschlands auf die letzte Note
gen. Kommission letztere endlich davon überzeugt, daß
die Drohungen, Sanktionen und dergleichen Zwangs-
maßnahmen mehr die Unabwiderstehlichkeit zu bringen
wird. Die Rep.-Kommission hat zugleich das als
bedingte zurzeit am ehesten zu berücksichtigende Amerika
der Perion des amer. Bankiers Pierpont Morgan
hat, an den Verhandlungen des Sachverständigen-Aus-
schusses teilzunehmen, der aber seine Einwilligung nur
auf der Voraussetzung sofortiger Entsendung der Be-
auftragten aus dem Rheinland geben will, da diese Deutsch-
land zu sehr belasteten und die Wiederherstellung seiner
Leistungsfähigkeit verhindern. Was wird Poincaré dazu
sagen? Handelt es sich doch bei dieser Forderung um
etwas mehr und nicht weniger, als eine Minderung des
amer. Friedensbudgets! Aber andererseits: wie wollte
man sonst das Loch im französischen Budget stopfen, das
Tag zu Tag größer wird?

Die Konferenz in Genua ist nun doch vorzeitig
abgebrochen worden, nachdem die Antwort der russischen
Delegation auf das Memorandum der Entente vom 2. Mai,
nicht anders zu erwarten war, letztere nicht zu befrie-
den veranlaßt hat. Die Konferenz soll im September
geöffnet werden. Inzwischen aber (im Juni) werden etliche
oder 2) Kommissionen von Sachverständigen im Haag
zusammentreten, um die russischen Einwendungen bezu-
gen der Reparationen näher zu prüfen. Bis zur Wiedereröffnung
Konferenz sind sämtliche Staaten, die auf ihr vertreten
sind, verpflichtet, Frieden miteinander zu halten. Die
russische öffentliche Meinung triumphiert, indem sie im
zeitigen Abbruch der Konferenz einen Sieg der Politik
Poincarés erblickt. Die russische Presse betont, daß die
Konferenz immerhin für die Sowjetregierung den Erfolg
erzielt habe, daß sie nun von allen europäischen Staaten
facto anerkannt sei und die de jure-Anerkennung
vielleicht bald nachfolgen werde; dazu komme noch das
kommen von Rapallo und das Verlangen diverser neu-
er Länder nach Abschluß ähnlicher Verträge mit Rus-
land. In England ist man von dem Mißlingen der wohl-
meinigen Absichten Lloyd Georges keineswegs erbaut, u.
d. letzterer gewiß nur zu bald den „Abstand des Witen-
des“ an sich erfahren.

Aus dem Bericht der Londoner Sachver- ständigen-Konferenz.

Uns liegt gegenwärtig ein Auszug aus dem Bericht
der alliierten Sachverständigen, die an der Londoner Vor-
konferenz Ende März teilgenommen haben, in deutscher
Übersetzung vor. Da dieser Bericht in Genua bei den
Verhandlungen mit Rußland eine so große Rolle gespielt
hat, die übrigens noch nicht ausgeprägt zu sein scheint, so
geben wir zum allgemeinen besseren Verständnis jener
obigen Auszug nachstehend wieder:

Der erste Teil gliedert sich wie folgt: Das Vor-
wort und der erste Abschnitt bestehen aus losen, unbestimm-
ten Sätzen, in denen immerhin dargelegt wird, daß Ruß-
land nur unter Erfüllung gewisser Bedingungen in den
Völkerbund aufgenommen werden kann. Trotz der Verfü-
gung, daß in keinem Punkte direkt oder indirekt die in-
nerpolitische Lage Rußlands angegriffen werden soll,
wird darin die Gewährleistung für die Sicherheit der
Güter der Ausländer in Rußland verlangt. — Der zweite
Abschnitt behandelt die Bedingungen, unter denen die
ausländischen Kapitalien und Interessen zur Wiederauf-
richtung Rußlands herangezogen werden könnten. Das
erste Kapitel bezieht sich auf die früheren Verpflichtungen,
auf die russische Staatschuld und die privaten Forder-
ungen gegen die Sowjetregierung. Es wird die Ernennung
einer Kommission für die russische Schuld verlangt.
Infolge des Verhaltens der italienischen Delegierten hat
man sich in dieser Sache auf zwei Richtlinien geeinigt;
die Mehrheit der Sachverständigen verlangt nämlich, daß
dieser Kommission das Recht zur Ausübung einer tatsäch-
lichen Kontrolle gegeben werde, während die italienischen
Delegierten der Kommission ein solches Recht nicht zuge-
stehen wollen. Das zweite Kapitel behandelt die zünftigen
Garantien und Rechte, die den in Rußland lebenden
Ausländern zugesichert werden müssen, wie Schutz durch
Konulate usw. Der dritte Abschnitt verbreitet sich über
die Maßnahmen, die nach Ansicht der Sachverständigen zur
Erleichterung der Wiederaufrichtung Rußlands beitragen
würden. Die Sachverständigen stellen keine Bedingungen,
sondern beschränken sich auf die Anführung geeigneter
Fingerzeige und empfehlen auch die Schaffung von freien
Zonen.

Der zweite Teil, der allem Anschein nach in aller
Eile redigiert worden ist, beschäftigt sich ausschließlich mit
der Lage in Zentraleuropa. Er behandelt die finanziellen,
wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Fragen. Die
Empfehlungen der Sachverständigen in diesem Teile sind
nur unbestimmt und nicht präzisiert. Die einzig inter-
essante Stelle im zweiten Teil findet sich da, wo die Sach-
verständigen alle künstlichen Maßnahmen zur Hebung der
Kurse und zur Einschränkung des freien Handelsverkehrs
als wirkungslos bezeichnen.

Das Programm der russischen Delegation in Genua.

Die Moskauer „Iswestija“ veröffentlichte seinerzeit
eine von Tschitscherin vor seiner Abreise nach Genua
gewährte Unterredung über den russischen, auf der Kon-
ferenz zu vertretenden Standpunkt. Jetzt, wo die Ver-
handlungen in Genua, welche bekanntlich in erster Linie
die russische Frage zum Gegenstande haben, sich bereits
ihrem Ende zuneigen, dürfte es unseren Lesern nicht un-
interessant erscheinen, jene Veröffentlichung ins Auge zu
fassen, um beurteilen zu können, inwiefern die russ. Dele-

gation auf der Konferenz dem damals von Tschitscherin
angekündigten Programm treu geblieben ist oder dem
Drängen der Gegner nachgegeben hat.

Tschitscherin äußerte sich wie folgt:

Wenn die russische Delegation auch die Souveränität
Rußlands und die Unantastbarkeit des Sowjetismus, so-
wie alle Prinzipien, deren Ausschaltung den Bestand der
Sowjets gefährden würde, bis zum Äußersten verteidigen
werde und hierbei auf keine Kompromisse eingehen könne,
so sei im Rahmen entsprechender Beiträge eine Verständi-
gung mit dem ausländischen Kapital immerhin möglich,
welche dem Ausland einen Teilgewinn und Rußland die
Entwicklung seiner Produktivität und seines Transportwe-
sens sicherte. Die Exploitation Rußlands werde abgelehnt.
Die beiden zur Beschaffung der notwendigen Produktions-
mittel nötigen Wege, die Genährigung von Anleihen durch
das Ausland und die Erteilung von Konzessionen an das
Ausland, dürften die Rechte der Sowjetmacht nicht ein-
schränken. Die Einigung mit dem Ausland müsse ihren
Ausdruck daher aus rein geschäftlichen Gründen in der
vollen Anerkennung der Arbeiter- und Bauernregierung
Rußlands finden. Die Einstellung der Interventionspoli-
tik! Strittig seien die Schuldforderungen der ausländi-
schen Privatpersonen und Regierungen und die russischen
Entschädigungsforderungen an die Leiter der Interventions-
politik! Das Interesse an gemeinsamer Zusammen-
arbeit sei bei den bürgerlichen Regierungen und bei den
Sowjets so stark, daß eine Verständigung, wenn nicht in
Genua, so doch später erfolgen müsse. Die Rätedelegation
werde in Genua auf der Unzulässigkeit jeder Art Unter-
jochung der Arbeiterklasse bestehen.

Das Programm wurde dann durch verschiedene Er-
klärungen Tschitscherins in Riga ergänzt. Um Kredite für
die Industrie und das Transportwesen zu erlangen, habe
die Sowjetdelegation für Genua eine Reihe von Entwür-
fen über zu vergebende Konzessionen für die Wälder, die
Bergwerke, die landwirtschaftlichen Betriebe und den Bau
neuer Eisenbahnen ausgearbeitet. Wenn auch die Aege-
lung der deutschen Reparation zum Wiederaufbau Euro-
pas gehöre, so könne Rußland einer ultimativen Forderung
der Entente, das Reparationsproblem in Genua auszu-
schalten, nicht widersprechen. Eine Abrüstung der Roten
Armee sei un diskutabel, sofern nicht eine allgemeine Ab-
rüstung beschlossen werden sollte, u. f. w.

Die Vorgeschichte des Rapallo-Abkommens.

Wir entnehmen der „Frankf. Ztg.“ zur Vorgeschichte
des russisch-deutschen Abkommens von Rapallo, das be-
kanntlich am Donnerstag (16. 4.) unterzeichnet wurde,
folgende Angaben:

Am Freitag, d. 14. 4., abends erschien beim Reichs-
kanzler Dr. Wirth der Botschafter der italienischen De-
legation Giannini, um im Auftrage des italienischen
Außenministers Schanzer „Mitteilung über den Stand der
Verhandlungen der Entente mit der russischen Delegation
zu machen“. Er berichtete, die Alliierten hätten am Tage
vorher unter sich die russische Frage eingehend behandelt
und dann am Freitag morgen und mittag mit der russi-
schen Delegation Verhandlungen gepflogen. Die Bespre-
chungen seien günstig verlaufen. Für die Entente sei es
nun von Interesse, die Meinung des Reichskanzlers und
der deutschen Delegation über die russische Frage zu er-
fahren. Die Entente sei der Ansicht, daß die deutsche Re-
gierung die getroffenen Abmachungen wohl billigen könne.
Der Reichskanzler ersuchte Giannini, über die

Einzelheiten der Verhandlungen mit der russischen Delegation vor einem größeren Kreise von Mitgliedern der deutschen Delegation berichten zu wollen, und lud hierzu, als G. sich damit einverstanden erklärte, den Minister Rathenau und die Herren v. Simson u. Malhan ein. Die Unterredung fand in der zwölften Nachstunde statt. Giannini berichtete nun, die Entente hätte mit der russischen Delegation, um die Stellungnahme derselben zum Londoner Sachverständigen Memorandum kennen zu lernen, zunächst nur von der Vergangenheit gesprochen und sich dabei mit den russischen Schulden und Forderungen befaßt. Die Schulden und Forderungen seien getrennt worden in Vorkriegsschulden, die Rußland anerkannt habe, in Kriegsschulden und in Forderungen Rußlands an die Entente aus den Unternehmungen Denikins, Koltchaks und anderer. Ursprünglich hätten die russischen Delegierten beabsichtigt, die Forderungen an die Entente gegen die Vorkriegs- und Kriegsschulden aufzurechnen, während der Verhandlungen habe man sich jedoch dahin geeinigt, daß nur die Kriegsschulden gegen die russischen Forderungen aufzurechnen seien. Ein etwaiger Saldo (Ueberschuß) zu Gunsten Rußlands solle stehen bleiben und nicht auf die Vorkriegsschulden angerechnet werden. Für die Vorkriegsschulden Rußlands würden Obligationen herauszugeben sein, über deren Amortisation, Verzinsung und Befristung eine Einigung schon so gut wie erzielt sei. Für die Schulden, die durch Sozialisierungsmaßnahmen der russischen Regierung entstanden sind, solle ein Ersatz durch 99jährige KonzeSSIONen geschaffen werden. Eine Zurückgabe der feinerzeit sozialisierten Unternehmen solle unterbleiben.

Auf diese Mitteilungen Giannini's hin richtete Minister Rathenau an letzteren die Frage, ob diese Abmachung nur als solche oder im Zusammenhang mit dem Londoner Memorandum gelten solle. Giannini beantwortete die Frage mit einer Bejahung des zweiten Teils derselben. Hierauf dankte Dr. Rathenau ihm in verbindlichsten Worten für seinen Besuch und erklärte zugleich, daß Deutschland unter diesen Umständen nicht in der Lage sei, an den Verhandlungen zwischen der Entente und Rußland und den Ergebnissen derselben ein Interesse zu nehmen. Als Giannini seiner Verwunderung hierüber Ausdruck verlieh, bemerkte Rathenau, daß die in Rede stehende Abmachung mit Rußland ohne die Deutschen getroffen worden sei. Man habe gewissermaßen ein schönes Mittagessen arrangiert, die deutsche Delegation dazu nicht eingeladen und frage sie nun, wie ihr die Speisen gefallen

hätten. Das Londoner Memorandum sei übrigens der Konferenz wohl nur vorläufig vorgelegt worden, da solches von vornherein nicht beabsichtigt gewesen. Wie dem aber auch sei, die drei Punkte des Memorandums der Sachverständigen, die sich, fufend auf Art. 116 und 260 des Versailles Friedensvertrags, mit den deutsch-russischen Beziehungen befassen, seien für Deutschland unannehmbar.

Zum besseren Verständnis des Nachfolgenden sei hier folgende Erklärung v. Malhan's (Leiter der Stabsabteilung des Auswärtigen Amtes) eingeschaltet: „Der erste Punkt (Art. 6) bedeutet, daß Deutschland Rußland oder einem Dritten, der an die Stelle Rußlands tritt, für die Kriegsschuldigen, die Rußland auf Grund des Art. 116 des Versailles-Vertrages fordern könne, zur Verfügung stehen müsse. Der zweite Punkt, ein Artikel der 2. Beilage, besagt, daß alle industriellen Unternehmungen, die am 1. März 1917 in Rußland unter ausländischer Leitung standen, als ausländische Unternehmungen betrachtet werden sollen, mit anderen Worten: da zu diesem Zeitpunkt infolge des Krieges kein Unternehmen in Rußland eine deutsche Bewirtschaftung aufzuweisen hatte, so läme dies praktisch dem Ausschluß der Deutschen aus dem Kreise derjenigen ausländischen Industrien in Rußland gleich, die eine besondere Behandlung durch die Sowjetregierung erfahren sollten. Der dritte Punkt (Artikel 15 der 2. Beilage) setzt fest, daß alle vor dem 1. September 1917 in Rußland vollzogenen Enteignungen in Kraft bleiben sollen. Diese Entscheidungen betreffen aber fast ausschließlich deutsche Unternehmungen. Deutschland wäre somit (laut Memorandum) von allen Vorteilen ausgeschlossen gewesen, die das Abkommen mit Schwet Rußland gebracht hätte.“

Giannini gab Dr. Rathenau zu, daß das Memorandum, welches speziell für die „einladenden Mächte“ herge stellt worden sei, nicht habe in Genua vorgelegt werden sollen; zum Erlaunen der Konferenzteilnehmer sei es aber trotzdem den Verhandlungen auf der Konferenz zugrunde gelegt worden.

Rathenau wiederholte darauf, daß, solange diese drei Punkte im russischen Teil des Memorandums aufrechterhalten würden, die deutsche Delegation sich nicht mit letzterem einverstanden erklären könne. Und da Giannini mit keiner Silbe andeutete, daß die Möglichkeit einer entsprechenden Abänderung des Memorandums vorliege, gab ihm Rathenau zu verstehen, daß „Deutschland sich unter diesen Umständen nach anderen Sicherungen umsehen müsse“.

Giannini erwiderte hierauf, er sei nicht ermtigt, irgend welche Erklärungen abzugeben; sein Aufgehe lediglich dahin, das Vorgetragene aus Kenntnis der deutschen Delegation zu bringen.

Aus dem Bericht Giannini's und der mit ihm geführten Unterredung konnte die deutsche Delegation nämlich nicht umhin zu folgern, daß die Verhandlungen Bestmächte mit Rußland unmittelbar vor ihrem Abschlusse u. das, ferner, die aus dem Londoner Memorandum für Deutschland sich ergebenden Nachteile im Falle Zustandekommens der geplanten Abmachung zwischen Entente und Rußland nicht mehr abzumenden sein würden.

Am Samstag erörterten die Mitglieder der russischen Delegation Katsowly und Joffe Herrn v. Malhan, die Russen auf Grund gegenseitiger Jugendbändnisse zu einem Uebereinkommen mit den Ententemächten gelassen. Auch ein britischer Delegierter äußerte sich im Gespräch mit v. Malhan sehr optimistisch über den Verlauf der ententisch-russischen Verhandlungen. Am Abend dänischen Tages brachten noch verschiedene Berichterstatter die Nachricht, daß zwischen Rußland und der Entente zeitlich ein „Uebereinkommen“ erzielt worden sei. Nun beschloß die deutsche Delegation, die russische Delegation eine Zusammenkunft für den nächsten Tag zu erwirken. Diese hat dann auch am Donnerstag in Rapallo stattgefunden und nach sehr kurzer Zeit war das — allerdings in Berlin vorbereitete — Abkommen zwischen Deutschland und Rußland unterzeichnet.

Paris nach Abschluß des Rapallo-Abkommens.

Der Berichterstatter der „Frankf. Ztg.“ in Paris wußte unter dem 19. April seinem Blatte folgendes melden:

„Die französische Presse richtet außerordentlich tige Angriffe gegen Lloyd George, der zusammen mit englischen Dolmetscher in Berlin, Lord B' Abernon, recht seit langem um die deutsch-russischen Verhandlungen und den bevorstehenden Abschluß des Abkommens gen und dies den Verbündeten verheimlicht habe. Die Gung wird gesteuert durch eine Erklärung des Premierministers Lloyd Georges einem französischen Journal gegenüber, in welcher er die Auffassung Lloyd Georges hin gekennzeichnet hat, daß die englische Politik jedem Versuch der Aufrichtung einer Hegemonie in Eur-

F e n i l l e t o n .

Gedulde dich!

Was grämt und härt dich, deutscher Stamm! — Weil grimmer Reid an deiner Ehre nagt? Weil deines Glaubens hehren Damm Zu unterwählen Feindbestände plagt?

Wau seit auf diesen deinen Glauben; Gleich Stahl und Eisen wahr' die Egre: Der eignen Kraut sich zu berauben Stürzt Well' auf Welle aus dem Meere.

Schmerzt, daß erworbnen Fleißes Gut Jagdgier aus müden Gliedern preßt? Gedängt mit Schweiß und teurem Blut, Die Frucht dich nicht genießen läßt?

Der deutsche Geist wird dir belassen, Der deutsche Mut, die Tat, die Treue; Wo die Urkräfte sich umfassen, Schießt in die Frucht der Saft aufs neue.

Bangt dir ob deiner Zukunft Stern, Daß er aus Schicksalsträumen fällt? Wähst du des Volkes edlen Kern Am Proßktein der Gebuld zerstückelt?

Jung Siegfried harret der Neuerhebung, Des Bades in dem Drachenbrodem; Siegjauchend schwingt er seinen Balmung, Und Hagen wird ihn nimmer morden.

R. G.

Auslanddeutlichkeit und deutsche Kulturarbeit in der Welt.

Von Artur Leik (Zürich).

Deutschland ist das Land der Mitte, das Herz von Europa. Seine Einwohnerzahl beträgt augenblicklich 62 Millionen. Rechnen wir hierzu die angrenzenden deutschsprachigen Länder: Deutschösterreich, Deutsch-Böhmen, die deutsche Schweiz, Luxemburg, Elsaß-Lothringen und die abgerissenen Gebiete von Westpreußen und Oberschlesien so erhalten wir einen zusammenhängenden Block von mehr als 75 Mill. Deutschen. Das ist das künftige Großdeutschland, die Macht, welche die Herren Clemenceau und Poincaré nicht schlafen läßt.

Aber nicht die Masse giebt hier den Ausschlag, sondern die große Kulturkraft dieser Masse. Seit langem hat das deutsche Sprachgebiet diesen Umfang. Während der letzten Jahrhunderte lösten sich zuerst in längeren, später in kürzeren Zeitabständen ziemlich bedeutende Massen vom großen deutschen Volkstörper ab. Aus ihnen entwand der Grundstod des Auslandsdeutschtums. Die ersten größeren deutschen Ansiedlungen wurden gegründet in Siedburgarn (Banat), in Nordungarn, dann in Siebenbürgen, in Nordamerika, an der Wolga. Später, zumeist im 19. Jahrhundert, entwandn zahlreiche Kolonien in andern Gegenden Rußlands, in Polen, Brasilien und Argentinien, kleinere in Chile, Palästina, Sinterkaulasten, Südwestafrika und Kanada. Außerdem wohnen in jedem europäischen Lande mehrere tausend Deutsche, die größtenteils gebildete und werktätige Leute sind und sowohl durch ihre Ropschaft, als auch durch ihre Tüchtigkeit und ihren Einfluß die neben ihnen wohnenden Franzosen und Engländer bedeutend überragen.

Das deutsche Volk hat also in seinem Auslandsdeutschtum in jedem Lande Europas und Amerikas eine

ansehnliche und, ich darf sagen, achtungsgebietende Vertung, der es obliegt, in dem betreffenden Lande deutsche Kultur- und Handelsinteressen zur gesunden Geltung zu bringen.

Nachdem ich so in Kürze ein Bild vom Auslandsdeutschtum entworfen habe, will ich nun zu seiner Vertigung, zur deutschen Kulturarbeit in der Welt übergehen.

Von einer eigentlichen Kulturarbeit, nämlich einer Vertbreitung deutscher Kultur, kann natürlich nur in Ländern die Rede sein, die in der Kultur noch zurückgeblieben. In andern kann es sich nur um kulturellen Einfluß handeln durch Vertbreitung deutscher Wissenschaft, Literatur und Kunst. Um aber einen Kultureinfluß in fremden Ländern ausüben zu können, muß man dort gewisse Rechte haben.

Die Rechte sind in den einzelnen Ländern verschieden, aber fast immer ist die örtliche Regierung, sammen mit einem Teil der Bevölkerung, bestrbt, die Rechte einzuschränken, um fremde Einwirkung vom eigenen Volkstörper fernzuhalten. Das ist der gewöhnliche Vertungstrieb, den man keinem Volke vertragen darf, wenn unser Deutschtum so stark ist wie in Ungarn, Rumänien, Rußland, Böhmen, Polen, Nordamerika u. s. w. In Italien, wo es, im Verhältnis, für die wirtschaftliche und kulturelle Teil auch für die geistige Entwicklung des Landes am leichtesten als die örtliche Bevölkerung, hat es das Recht, sein völkisches Fortbestehen, für seine Fortentwicklung, seine Kulturarbeit die nötige Freiheit zu fordern und, es nicht anders geht, sie sich zu erlämpfen. „L'ou d'edich gebe, damit du gibst“ ist auch im zwischenwärtigen Leben und Vertehr der oberste Grundfatz.

Es würde mich zu weit führen, auf die nähere Vertimmung dieser Rechte einzugehen, aber es ist Pflicht

schieden widerlegen werde. Man hat hier begriffen, an welche Adresse diese Warnung gerichtet ist, und der „Temps“ ist in der heutigen Abendnummer die Frage auf, welche Klasse man wohl in Berlin und Moskau aus dieser Leistung Lloyd Georges ziehen werde. Doch offenbar die, die England keine Zeit habe, der deutsch-russischen Gerechtigkeit entgegenzutreten, weil es fürcht vor einem Angriff habe und vor allem Geschäfte machen wolle; dann er auch, daß England unter allen Umständen verhindern wolle, daß Frankreich zu mächtig werde. . .“

Weiter heißt es: „Man giebt sich hier nicht die geringe Mühe, die Unzufriedenheit, die man über die Entdeckung der Dinge in Genua empfindet, zu verbergen. Die gestern der deutschen Delegation in Genua überreichte die Entente wird von dem größten Teil der Presse völlig ungenügend bezeichnet. Lloyd George wird geworfen, daß er den Deutschen eine Hintertür offen gelassen habe. . . Die Entdeckung, die hier die Aussicht auf eine Beilegung des Konflikts verurteilt, läßt allerlei Rückschlüsse auf die wahren Absichten zu, die Frankreich dem Verlangen der sofortigen Annulierung des deutsch-russischen Abkommens verfolgt hat. Man hat hier gute Gründe, selbst die Verantwortung für einen vorzeitigen Bruch der Konferenz zu scheuen, doch wäre man heiliger, wenn man eine Situation schaffen könnte, bei der der dritten Macht, am liebsten Deutschland oder Rußland, die Sprengung der Konferenz in die Schuhe gegeben werden könnte. Auch die französische Regierung ist nicht in einem Teil der Presse heftig angegriffen, als sie wieder einmal den von ihr vertretenen Standpunkt aufgegeben und sich dem Willen Lloyd Georges unterworfen habe. Am 1. April sei doch von Herrn Poincaré in der Kammer erklärt worden, daß sich Frankreich den Fall eines Anschneidens der Verträge (Versailles u. a.) von 1919 volle Handlungsfreiheit vorbehalte. Durch den Abschluß des Abkommens von Rapallo hätten aber Deutschland und Rußland weit Schlimmeres getan, nämlich nicht nur einer Verletzung des Vertrages von Versailles, sondern einer ungeheuerlichen Provokation schuldig gemacht. Unter diesen Umständen sei die weitere Annahme der französischen Regierung an den Arbeiten der Konferenz eine peinliche Ueberraschung für einen großen Teil derjenigen Abgeordneten, die der Regierung vor mehr als Wochen ihr Vertrauen ausgesprochen hätten.“

Der „Intransigent“, der in letzten Zeit von der Regierung häufig zur Verteidigung der amtlichen

franz. Politik benutzt wird, malt die „Gefahr einer deutsch-russischen Koalition“ in den schwärzesten Farben, setzt aber vorsichtig hinzu, daß ein Gewaltstreik Frankreichs in Genua die Situation keineswegs gebessert haben würde; im Gegenteil: seine wahrscheinliche Folge wäre die gewesen, daß Frankreich völlig isoliert und der Gefahr von Osten her schußlos preisgegeben dagestanden hätte. Frankreich müsse jedoch gegenwärtig um so vorsichtiger zu Werke gehen, als es keineswegs mehr unbedingt mit der Gefolgschaft der Kleinen Entente (Tschecho-Slowakei, Rumänien und Jugoslawien) rechnen könne und Polen bereits mit Rußland ein Abkommen geschlossen zu haben scheint, das die Anerkennung der Sowjetregierung enthalte.

Polen u. der deutsch-russische Vertrag.

Die Nachricht von dem deutsch-russischen Vertrag von Rapallo hat in der polnischen Presse — so wurde der „Frankf. Ztg.“ aus Warschau am 20. April getrahlet — „Wutausbrüche“ gezeitigt. „Sie erklären vor allem Polen für bedroht, obwohl in diesem Vertrag von letzterem gar nicht die Rede sei.“ „Kurjer Poranny“ schreibt: „Unsere Erbfeinde, die Pöbelzahn und die Kojackempelmähe, vereinen sich wieder.“ „Ein anderes polnisches Blatt „Kurjer Poljski“ meint: „Die Allianz Friedrich des Großen mit Katarina der Zweiten lebe wieder auf“. Wesentliches als diese Pressestimmen seien aber die offenbar von dem poln. Außenminister Strumant veranlaßten Hinweise der polnischen Berichterstatter in Genua, die kleineren Staaten, einschließlich Polens, hätten kein Interesse daran, daß die Konferenz gesprengt würde, vielmehr hofften sie angesichts der moralischen Niederlage, welche nach polnischer Auffassung die weltlichen Großmächte durch den deutsch-russischen Vertrag erlitten, den Großmächte unentbehrlicher zu erscheinen und dadurch die eigene Stellung verfestern zu können.

Deutschlands Jugend und das Ausland-Deutschtum.

Seiner Oberschulrat Staatsrat R. Bloch in Darmstadt (Hessen) schreibt in „Volk und Heimat“ u. a. folgendes:

„Der Kampf unserer Volksgenossen in den fremden Ländern um die Erhaltung ihres Volkstums und ihrer deutschen Kultur hat die volle Teilnahme unserer Jugend,

Die erste Pflicht eines jeden Deutschen, der seine Heimat verläßt und ins Ausland geht, ist die Wahrung unseres guten Rufes, unserer völkischen Ehre, die er weder durch schlechtes Betragen, durch laßerhafte Lebensweise noch gar durch Unredlichkeit besiedeln darf. Leute, die sich ähnliches zu schulden kommen lassen, sind Schädiger ihres Volkes, und sie sollten jederzeit, aber besonders heute, da das Volk so schweren Prüfungen ausgesetzt ist und aus tausend Wunden blutet, die Berachtung ihrer Volksgenossen erfahren.

Sodann ist die Haltung, die jeder Deutsche im fremden Lande der örtlichen Bevölkerung gegenüber einnimmt, sehr wichtig und für die gegenseitigen Beziehungen entscheidend. Hochmut, Schrofheit und Voreingenommenheit wirken, auch wenn sie nur vereinzelt vorkommen, so abstoßend, daß jeder freundschaftliche Verkehr gefährdet wird. Berlehter Nationalstolz ist eine schlimme Sache. Er bringt Abneigung, ja, sogar Haß hervor, und dieser verallgemeinert beim Gegner jede unangenehme Erscheinung. Im fremden Lande darf man unter der örtlichen Bevölkerung keine Segnerhaft hervorruhen, man darf sich ihr gegenüber nicht herausfordernd benehmen und die dortigen Zustände nicht immer mit denen der Heimat vergleichen wollen. Geringachtung fremder Sitten, Gebräuche, Meinungen und alles dessen, was dem fremden Volke teuer ist, verkehrt natürlich dessen Eigenliebe, und jeder in die Fremde gehende Deutsche sollte sich davor hüten. Wie soll man nun aber die Zuneigung und Freundschaft eines fremden Volkes gewinnen, da doch jedes in den Ausländern, besonders wenn sie in größerer Anzahl kommen, Eindringlinge erblickt und ihr Schalten und Walten mit Argwohn beobachtet? Eben die Beeinträchtigung fürchtet man überall und zunächst in Wirtschaftsleben. Weniger kommt hier der deutsche Landwirt, also der deutsche Kolonist, in Betracht, als der Kaufmann. Der Kolonist ist ja Produzent und

seit sie weiß, daß in den uns entzogenen Gebieten Millionen derselben leben. Diese Teilnahme in eine Pflege der deutschen Kulturgemeinschaft großen Stils verwandelt zu haben, ist das Verdienst eines einzigen Schulmanns, des Studiendirektors Frey, mit den Erfahrungen des Leiters einer Auslandsschule und den Eigenschaften eines Kämpfers für deutsches Schulwesen wie kein zweiter. Und es ist ihm dies, so darf ich aus eigenem Erleben sagen, in hervorragender Weise nicht nur in den höheren Schulen, sondern vor allem auch in den Volksschulen gelungen.

In Anbetracht der erzieherischen Bedeutung von Schulvorträgen über die Not des Deutschtums im Ausland haben bisher das Hessische Landesamt für Bildungszwecke und das Bayerische Kultusministerium sowie zahlreiche Städte die Arbeit Treuts durch besondere Erlasse gefördert. Seiner unermüdbaren Tätigkeit ist vor allem zu verdanken, daß der „Verein für das Deutschum im Ausland“ seinen Einzug in die Schulen genommen hat. Ohne Frage ist dieser Verein aus erzieherischen und politischen Gründen jeder anderen Organisation für Schüler, die meist nur bestimmte und begrenzte Gruppen umfaßt, vorzuziehen. Hier können und sollen sich alle Schüler zusammenfinden, keiner braucht sich auszuschließen, denn Vorbedingung ist lediglich die Liebe zum deutschen Volkstum, und diese ist in jedem deutschen Schülerherzen zu finden. Der Zweck der „Schulgruppen des Vereins für das Deutschum im Ausland“ ist, die Kenntnis vom Wesen und Wert des Deutschtums im Grenz- und Ausland bei der Jugend zu verbreiten, das Bewußtsein der kulturellen Zusammengehörigkeit aller Deutschen zu stärken, insbesondere der gewählten Patensschule zu helfen und den Verkehr mit ihr aufrecht zu erhalten. Aus den Angaben, mit welchen Mitteln dieser Zweck erreicht werden soll, spricht der praktische Schulmann und der Kenner der Notgebiete. Diese Mittel sind: Bezug der Zeitschrift „Volk und Heimat“, Anschaffung einer Bücherei über Auslandsdeutschum, Lichtbildvorträge, Vorträge von Schülern und Lehrern, Diskussionsabende, Vorträge von Rednern aus den einzelnen Notgebieten, Briefwechsel mit der Patensschule, Ferieneinladung an Schüler und Schülerinnen der Patensschule, Bearbeiten für den „Verein für das Deutschum im Ausland“.

Eine konfessionelle oder parteipolitische Einhellung hat die Bearbeitung der hessischen Schulen nirgends gezeigt. Dies hat die Opferfreudigkeit der gesamten Bevölkerung bewiesen. Es sind der Jugend Ideale gezeigt worden, die sich lediglich in der Pflege der Volks- und Kulturgemein-

liefert seine Erzeugnisse der örtlichen Bevölkerung oft in höherer Güte, als die einheimischen Ackerbauer. Er bringt also dem Lande einen handgreiflichen Nutzen, und weil er nach Aufbesserung seiner Wirtschaft strebt, fördert er die Landwirtschaft des Landes im allgemeinen. Wenn seine Nachbarn nichts von ihm lernen, ihre Wirtschaften nicht aufbessern, ist es nicht seine Schuld, aber doch soll er danach trachten, mit seiner Arbeit nicht nur sich, sondern auch seiner Umgebung zu nützen. Er kann der Einwohnerhaft der nächsten Städte wichtige und vorzügliche Lebensmittel liefern und sich auch sonst nützlich, ja, unentbehrlich machen. Wenn er das tut, hat er Trümper in der Hand, und das ist die Hauptsache, denn wer im Auslande angehört fortkommen will, muß seinen dortigen Volksgenossen und Mitbewerbern gegenüber stets einen kleinen Trümper in der Hand haben.

Neben den Kolonisten waren wohl immer die Handwerker am zahlreichsten, und das ist sich größtenteils durch Tätigkeit und oft auch durch Kunstfertigkeit auszeichneten, ist bekannt. In den letzten Jahrzehnten hat die Entwicklung des Fabrikgewerbes das Betätigungsfeld der Handwerker allerdings sehr eingeschränkt, aber ich glaube, daß das Handwerk noch lange nicht ganz verschwinden wird. Für strebsame, junge Leute bietet sich immer noch Gelegenheit, auf diesem Gebiete einen sichern und nützbringenden Lebensberuf zu erlangen, besonders in Ländern, deren wirtschaftliche Lage einer langjährigen Aufbesserung bedarf. Wie ich glaube, trifft dies auch für den Kaufmann zu, und diese junge Deutsche, die in Deutschland ein tüchtiges Handwerk erlernen und sich auch sonst eine bessere Bildung aneignen, werden hier nach ihrer Rückkehr gewiß einen guten Broterwerb finden.

(Fortsetzung folgt.)

amtlichen Auslandsdeutschums, für den Nutzen, den es dem reichenden Lande bringt, diese Rechte, die sein Fortbestehen sichern sollen, zu fordern und zu verteidigen. Wenn D. Deutsche in Polen mehr als die Hälfte der polnischen Industrie gegründet haben, wenn zahlreiche deutsche Abwirte das meiste zur Lösung der polnischen Landwirtschaft beigetragen haben, wenn Hunderte deutscher Lehrer Tausende von polnischen Kindern und Jugendlichen ausgebildet haben, so darf ihnen das Recht völkischen Fortbestehens nicht verweigert werden. Ja, aber die Polen wollten wissen davon nichts wissen. Ähnlich war es im jastischen Ausland.

Von den Rechten können wir zur Betätigung des Deutschums in der Fremde übergehen. Wer geht ins Ausland oder siedelt sich dort an? Die große Masse bilden in der Regel Landwirte (Bauern). Wemiger zahlreich sind die Kaufleute und Handwerker. Besonders kommen Ingenieure, Techniker, Lehrer, Künstler, etc., Gelehrte u. s. w. in Betracht.

Jeder Beruf hat einen besonderen Wirkungskreis und trägt sich unter besonderen Umständen. Bevor ich zur Beschreibung derselben übergehe, will ich einige allgemeine Bemerkungen über die Stellung, die Pflichten und Aufgaben der Auslandsdeutschen machen.

Der Durchschnittsmensch, der im Leben nichts Höherer erstrebt, als seinen Lebensunterhalt zu finden und noch Geld zu erwerben, geht ins Ausland, weil er dort von letzterem mehr als in der Heimat verdienen kann. Der Gedanke, seinem Volke und seinem Lande zu nützen, macht ihm wenig zu schaffen, und das natürlich. Da nun aber die Mehrheit der Auswanderer diesem Menschenschlage gehört, darf man diese Menge nicht selbst überlassen, sondern sie muß so oft wie möglich von denen, die die Bemerkungen Wortkämpfer, Berater und Erhalter des Deutschums verdienen, an ihre Pflichten erinnert werden.

